

[Dokumentation eines Flugblatts der Fachschaft 7/1 an der RWTH, abgedruckt in phifalt 53 (31. Januar 2000)]

Laschet ist ungeeignet!

Fachbereich soll sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellen

Armin Laschet soll einen Lehrauftrag für den Studiengang Europastudien (MES) erhalten, was auf den entschiedenen Widerspruch von FachschafterInnen und studentischen Mitgliedern des Fachbereichsrates stieß.

Was haben wir gegen Armin Laschet?

Laschet erklärte, „wer sein politisches Wirken auch nur ansatzweise verfolgt habe, wisse genau, dass die Unterstellungen der Fachschaft absurd seien.“ [vgl. AN vom 11.01.2000]

Wir haben uns die Mühe gemacht, sein politisches Wirken zu verfolgen. Für absurd halten wir vor allem Laschets Versuche, opportunistisches Verhalten auch noch als „Dialogbereitschaft“ [AN vom 14.01.2000] zu bemänteln.

1998 war Laschet für die doppelte Staatsangehörigkeit zumindest für Jugendliche, stimmte im Bundestag aber gegen eine entsprechende Gesetzesvorlage der damaligen Opposition. Er begründete dies folgendermaßen:

Es schadet dem Anliegen der Integration und den demokratischen Parteien, die Ausländer[Innen]politik zum Gegenstand einer polarisierenden Wahlkampfauseinandersetzung zu machen. Dafür wollen wir nicht die Verantwortung tragen. [Erklärung von 17 CDU Bundestagsabgeordneten, unter ihnen Armin Laschet, gem §31 GO-BT zu Punkt 1 der Tagesordnung des Deutschen Bundestages am 27. März 1998]

1999 dann, mitten im Europawahlkampf, sammelt er unter dem Motto „Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“ Unterschriften auf der Straße. [Natürlich lag die Unterschriftenaktion zeitlich näher am Europawahlkampf als die Bundestagsabstimmung am Bundestagswahlkampf. Natürlich ist eine Unterschriftensammlung auch stärker polarisierend als eine Abstimmung im Bundestag. Ob es etwas damit zu tun hatte, dass Laschet 1998 aus dem Bundestag herausgewählt wurde und sich 1999 um ein Mandat im Europaparlament bewarb? Wir wissen es nicht.]

Verwirrt? Wir auch!

Immerhin gibt es das Folgende zu lernen:

1. Noch 1998 wusste Laschet um die Sensibilität des Themas StaatsbürgerInnenschaftsrecht.
2. Schon 1998 zeigte er keinerlei Hemmungen. Fraktionsdisziplin über Inhalte zu stellen.

Am wichtigsten aber dürfte der letzte Satz über die unerwünschte Verantwortung sein. In der Tat: Laschet hat bis heute nicht auf die Vorwürfe gegen ihn reagiert, sicher nicht ohne Grund bestreitet er weder seine Beteiligung an der Unterschriftenkampagne noch deren im Resultat rassistischen Charakter. Zur Erinnerung: Die CDU-Unterschriftenkampagne war seinerzeit von den rechtsextremen Parteien DVU, NPD und den Republikanern unterstützt worden [vgl. z.B. Union bekommt für Ausländerpolitik wachsende Zustimmung von rechts – Berliner Zeitung Nachrichten vom 07.01.1999], das neofaschistische Spektrum sprang z.B. mit einer „nationale[n] Großkundgebung unter dem Motto ‘Keine deutschen Pässe für Ausländer!’“ [vgl. z.B. Nationales Infotelefon 28.02.1999 – www.nit.de/nitblitz/19990228.html] auf den schon fahrenden CDU-Zug auf.

Besonders schlimm aber war es in Aachen gekommen, wo im Mitteilungsblatt der CDU offener Rassismus gepredigt wurde. Ein Schwarzafrikaner wurde namentlich genannt und durch ein Foto

identifiziert, danach (fälschlich; dies gab die CDU selber zu) der Teilnahme an einer kurzzeitigen Besetzung von CDU-Büros bezichtigt.

Dazu gab es Kommentare wie „Wer den Straßenkampf nach Deutschland importiert, gehört nicht hier hin.“ Oder „Wir brauchen keinen Bürgerkrieg in Deutschland. Krawallmacher und Chaoten, die unseren Frieden zerstören wollen, sollen umgehend in ihre Heimat zurückkehren!“ [CDU-intern, Februar 1999]

Laschet wusste also, wozu die Unterschriftenkampagne führt, er wusste worauf er sich einließ, als er – nach den geschilderten Vorfällen – persönlich Unterschriften sammelte.

Laschet verweigert sich seiner Verantwortung

Wir werfen Laschet in diesem Zusammenhang nicht vor, dass er selber offenen Rassismus predigt, und wir befürchten auch nicht, dass er sich im Rahmen seines Lehrauftrags vor mehrheitlich ausländischen StudentInnen zu rassistischen Äußerungen hinreißen lässt. Wichtig für uns ist, dass er in der Vergangenheit eine Kampagne unterstützt hat, die auf Kosten des friedlichen Zusammenlebens von „AusländerInnen“ und „InländerInnen“ Stimmung für seine Partei machen sollte. Dass er sich seiner Verantwortung für dieses Handeln nicht stellt, sondern es durch Verweis auf seinen Einsatz für Flüchtlinge in ‘ungezählten Einzelfällen’ [Vgl. AN vom 11.01.2000] aufzuwiegen trachtet. Das läuft darauf hinaus, dass er AusländerInnen doppelt instrumentalisiert: Zunächst billigt er die weitere Verbreitung rassistischer Ressentiments, um Stimmung für seine Partei zu machen. Anschließend müssen Flüchtlinge bzw. Flüchtlingsorganisationen zur Reinwaschung seines Namens herhalten. Wir befürchten, dass das Prestige, welches ein Lehrauftrag an der RWTH, noch dazu vor mehrheitlich ausländischen StudentInnen, mit sich bringt, ebenfalls benützt würde, um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit unserer Kritik zu vermeiden.

In einer besonders schwierigen Situation stehen inzwischen die Studierenden der Europastudien: Laschet hat bereits zu Beginn des Semesters sehr konkrete Vortreffen veranstaltet und, dem Vernehmen nach, auch schon Referatsthemen verteilt. Nachdem der Lehrauftrag fürs Wintersemester nicht besteht, sind die Konsequenzen schwer überschaubar.

Die Verantwortung für diese Schwierigkeiten liegen allerdings ausschließlich bei Laschet und/oder Studiengangsleiter Heinen: ein Lehrauftrag muss vom Fachbereichsrat und vom Senat genehmigt werden, die gewählten VertreterInnen auch der Studierenden haben hier ein Mitspracherecht. Wer die Genehmigung eines Lehrauftrags durch F BR und Senat als bloße Formsache betrachtet, muss in Sachen Demokratie und Mitbestimmungsrechten wohl noch die eine oder andere Nachhilfestunde nehmen. Wer den Entscheidungen der Gremien vorgreift und StudentInnen vorgaukelt, das Zustandekommen des Lehrauftrages sei eine bloße Formsache, handelt unverantwortlich – und ist für die gegenwärtigen Probleme der MES-Studierenden allein verantwortlich.

Es liegt uns fern, den Studentinnen vorzuschreiben, wen sie hören und was sie denken sollen. Auch ist es nicht unser Ziel, den MES-Studiengang zu diffamieren. Wir glauben aber, dass ein Mensch wie Armin Laschet aus den oben genannten Gründen an einer Hochschule, selbst der RWTH, nichts zu suchen hat.

Die Strategie Heinens und anderer DozentInnen, kritische Beiträge zu den Vorfällen im Fachbereich intern als Nestbeschmutzung, extern als „nicht ernstzunehmenden Diskussionsbeitrag“ [AN vom 14.01.2000] darzustellen, ist ein weiterer Versuch, von den durch uns aufgeworfenen ethischen Fragen abzulenken.

Die philfalt-Redaktion, das Fachschaftskollektiv und die studentischen VertreterInnen aus der Fachschaft 7/1 im FBR werden in diesem Fall pragmatische Erwägungen nicht über prinzipielle Überlegungen stellen! Wir erwarten auch von den DozentInnen, dass sie sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellen.

Die Fachschaft in einem Flug an die MES-Studis